

p.B.15.21.Au.U'ch. - KF/zu

VERTRAULICH

P r o t o k o l l

der 1. Arbeitssitzung mit  
Herrn Botschafter Arno Halusa  
vom 18. November 1968, 1000 Uhr

Anwesend: Herr Botschafter Halusa  
Herr Botschafter Bielka  
Herr Botschaftsrat Schallenberg  
  
Herr Botschafter Micheli  
Herr Botschafter Escher  
Herr Minister Gelzer  
Herr Dr. Miesch  
Herr Natural  
  
Protokoll: Herr Dr. Kaufmann

Herr Micheli eröffnet das Gespräch und schlägt vor, wie bisher auch diesmal nicht gemäss einer Tagesordnung vorzugehen, sondern einfach der Reihe nach gegenseitig die beiden Standpunkte zu den weltpolitischen - und allenfalls den bilateralen (allerdings kaum existierenden) - Problemen zu vergleichen.

Diese periodischen Zusammenkünfte stehen nun schon im dritten Jahr und die inoffiziellen, vertrauensvollen Aussprachen haben sich als nützlich erwiesen.

Herr Halusa, der für die Einladung nach Bern dankt, ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Er steht neu im Amt und hat dementsprechend eine ganze Reihe von Kontakten anzuknüpfen; er hat dabei dem Besuch in Bern Priorität eingeräumt, um dieses Kontaktgespräch durchführen zu können.

Herr Micheli schlägt vor, dass die wichtige Frage der europäischen Integration anlässlich des bevorstehenden Mittagessens besprochen werden soll, da dann Herr Botschafter Jolles, als der zuständige Spezialist, anwesend sein wird.

- 2 -

Die Krise in der Tschechoslowakei liegt für Oesterreich sehr viel näher als für die Schweiz, und die österreichischen Ausführungen hiezu werden schweizerischerseits sehr interessieren. Er will sich nicht in Spekulationen über die sowjetischen Beweggründe verlieren, sondern sich auf die Probleme beschränken, die sich unmittelbar für die Schweiz daraus ergeben, insbesondere auf das Verhältnis zu den Interventionsstaaten bzw. zu Rumänien und Jugoslawien.

Vor allem die UdSSR und Polen haben in letzter Zeit in Bern grosse Anstrengungen unternommen, um die Intervention zu rechtfertigen. Moskau scheint vom Ausmass der Reaktion überrascht gewesen zu sein und entsprechend eine diplomatische Kampagne zur Beruhigung von Ländern wie der Schweiz führen zu wollen. So war es auffallend, wie rasch der noch vor der Intervention abberufene sowjetische Botschafter in Bern ersetzt wurde (man fragte sich, ob Moskau angesichts der schweizerischen Reaktion wegen der CSSR vorerst damit zuwarten werde). Der neue Botschafter zeigt den deutlichen Willen, Diskussionen über die Intervention nicht zu meiden, sondern darauf einzugehen und dabei die sowjetische Politik zu rechtfertigen. Die These lautet, es habe sich um eine interne Angelegenheit des kommunistischen Lagers gehandelt, und die schweizerisch-sowjetischen Beziehungen sollten davon unberührt bleiben; Moskau jedenfalls sei bereit, die Beziehungen so fortzuführen, wie sie vor dem 21. August bestanden haben.

Für die Schweiz stellt sich die Frage, ob dies möglich ist oder ob, im Hinblick auf den durch die Intervention ausgelösten Schock, eine gewisse Reserviertheit manifestiert werden soll; zu dieser Ansicht neigen sogar einzelne Mitglieder des Bundesrates. Ein konkretes, vertrauliches Beispiel: das Departement trägt sich mit der Absicht, nach Moskau einen Attaché für wissenschaftliche und industrielle Fragen zu senden; soll dieser Plan fallengelassen werden oder nicht?

Auch der polnische Botschafter bemüht sich um Rechtfertigung, wenn auch weniger ausgeprägt als der sowjetische. Man spürt aber, dass er sich dabei nicht sehr behaglich fühlt, dass er sich eher entschuldigt als rechtfertigt.

Die Botschafter Jugoslawiens und Rumäniens haben offensichtlich den Auftrag, die Befürchtungen ihrer Regierungen zu bekunden und um moralische Unterstützung zu werben. Der Jugoslawe hat beispielsweise darauf hingewiesen, wie massiv der Ton der Botschaft Breschnews an Tito lautete und wie fest Tito antwortete. Der Rumäne verhehlt zwar seine Sympathien für die CSSR nicht, erweckt aber den Eindruck, dass Bukarest sich als weniger exponiert betrachtet als Prag, weil es intern nicht liberalisiert.

Herr Halusa erinnert daran, dass Podgorny schon beim Besuch Jonas in Moskau vom Mai eine Bemerkung machte, wonach die beunruhigende Entwicklung in der CSSR nach einer sowjetischen Intervention rufen könnte; auch der österreichische Botschafter in Moskau wies verschiedentlich auf diese Möglichkeit hin. Nach Cierna und Bratislava schien

diese Gefahr gebannt. Dass dann doch interveniert wurde, haben die Finnen plausibel damit erklärt, dass die Sowjets, nachdem sich Prag von der militärischen Machtdemonstration der Warschaupakt-Manöver nicht beeindruckt liess, das Gesicht zu verlieren befürchteten und deshalb in der Machtdemonstration einen Schritt weiter eskalieren mussten. Der eigentliche Entschluss zur Intervention fiel erst ca. 10 Tage vorher, und Hauptbefürworter scheinen die ukrainischen Parteiführer - die Infektionsgefahr befürchteten - gewesen zu sein. Kosygin und Scholepin sollen sich dagegen ausgesprochen haben, nicht wegen der Reaktion im Westen, sondern im Hinblick auf zu erwartende Schwierigkeiten im Innern. Tatsächlich scheint denn auch die Intervention eine grosse Bewegung vor allem unter den Intellektuellen ausgelöst zu haben.

Wien gegenüber verhielten sich die Sowjets nicht ganz gleich wie in Bern; zwar versuchten sie ebenfalls, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, aber gleichzeitig waren sie bestrebt zu versichern, dass Oesterreich nichts zu befürchten habe. Wien hat ja auch nie mit einem Ubergreifen auf Oesterreich gerechnet, obschon einige Tage Anlass zu Besorgnis bestand (als sowjetische Flugzeuge in den österreichischen Luftraum einflogen, zum offensichtlichen Zweck der systematischen Luftaufklärung; der österreichische Botschafter konnte während dreier Tage keine leitende Persönlichkeit im sowjetischen Aussenministerium treffen, um einen entsprechenden Protest anzubringen; auch waren zeitweise für blosse Besatzungsaufgaben viel zu grosse Kontingente an der österreichischen Grenze postiert).

Der sowjetische Botschafter in Wien war nicht besonders gut informiert, man war in erster Linie auf den eigenen Missionschef in Moskau angewiesen. Dort wurde von Anfang an versichert, man lege Wert auf ein neutrales Oesterreich und rechne trotz der Ereignisse in der CSSR mit keiner Aenderung.

In der sowjetischen Presse fielen verschiedene Angriffe gegen Oesterreich, weil die Presse eindeutig und abfällig Stellung nahm. Schliesslich hat die österreichische Bevölkerung selbst die Presse veranlasst, sich etwas zu mässigen. Auf sowjetische Vorstellungen, dass die Haltung der Presse nicht neutral sei, wurde mit dem Argument der Pressefreiheit geantwortet sowie damit, dass gar keine Neutralitätswidrige Haltung vorliegen könne, da es sich ja nach sowjetischer Darstellung nicht um eine kriegerische Auseinandersetzung handle.

Die andern Interventionsstaaten liessen nicht viel von sich hören. Wien sagte Besuche des ungarischen und des bulgarischen Ministerpräsidenten ab, aber in unpolemischer Weise, die auf Verständnis stiess. Die Sowjets haben von sich aus den Besuch Patolitschews an der Wiener Messe abgesagt, während der zuerst ebenfalls abgesagte Besuch des Ministers für Erdgas dann doch zustande kam; offensichtlich bestand im Prinzip eine sowjetische Weisung, wonach keine Minister ins westliche Ausland reisen sollten, um Zwischenfälle zu vermeiden; der erwähnte Besuch in Wien war eine Ausnahme.

- 4 -

In seinem künftigen Verhältnis zu den Interventionsstaaten will Wien zunächst die weitere Entwicklung in der CSSR abwarten; die dortigen Führer stehen zwischen zwei Feuern und dürften früher oder später fast zwangsläufig fallen. Im übrigen ist Wien der Ansicht, dass es keine Alternative zur Entspannung gibt. Die USA sind offensichtlich bestrebt, die Kontakte zur UdSSR weiterzuführen (sie haben dies Wien zu verstehen gegeben). Wien war übrigens eher unangenehm berührt über die Äusserung Rusks an der Nato-Tagung betreffend Oesterreich (es scheint, dass die Amerikaner intern eine Art "Bedrohungs-Skala" für Angriffe aus dem Osten aufgestellt haben: an oberster Stelle figurieren die Nato-Staaten und Berlin; dann Oesterreich, dann Jugoslawien, und zuletzt Rumänien). - Man wollte lediglich, dass die USA den Russen zu verstehen geben, ein unabhängiges und neutrales Oesterreich liege im Interesse aller Grossmächte; mehr wollte man nicht. Wien hat dann offiziell erklärt, dass ja der Staatsvertrag die österreichische Souveränität und Unabhängigkeit wiederhergestellt habe und dass die Staatsvertragsmächte sich verpflichtet hätten, diese zu respektieren.

Die Jugoslawen waren beim Besuch des österreichischen Bundespräsidenten sehr pessimistisch; man sprach ja damals sogar von einer sowjetischen Invasion Albaniens. In New York waren sie etwas ruhiger, rechneten aber noch immer mit einer sowjetischen Bedrohung, und zwar im Zusammenhang mit einem möglichen Neuausbruch des Konfliktes im Nahen Osten.

Die Rumänen zeigten sich in New York vor allem über eine mögliche russische Forderung nach Warschaupakt-Manövern und anschliessender Stationierung von sowjetischen Truppen in Rumänien besorgt. Dann wechselten sie den Ton und wiesen auf ihre Treue zum sozialistischen System, auf ihre straffe Führung im Innern hin.

Herr Miesch interessiert sich für konkrete Weisungen über die gegenwärtige Gestaltung der Kontakte zur UdSSR; schweizerischerseits hat z.B. der "Vorort" eine geplante Reise nach der Sowjetunion abgesagt, und eine Architekturausstellung wurde verkürzt. Man fragte sich in Bern, ob Richtlinien für das Verhalten unserer Verwaltung gegenüber Ostkontakten aufgestellt werden sollten, verzichtete dann aber darauf und entscheidet nun von Fall zu Fall.

Herr Halusa: Oesterreichischerseits wurde lediglich eine Ausstellung über die Widerstandsbewegung zurückgezogen, aber mehr wegen der Thematik. Sonst stellte sich die Frage, weil keine Kontakte vorlagen, nicht. Letzten Endes wird in absehbarer Zeit alles wieder beim Alten sein; nachdem die Nato-Mächte ihre Handelsbeziehungen weiterführen, besteht kein Anlass, dies seitens Oesterreichs nicht auch zu tun.

Herr Natural: Auch der schweizerische Vertreter in Moskau wurde nicht vorgelassen, als er einen Protest wegen der Beschiessung unserer Botschaft in Prag anbringen wollte. Es lag hier wohl eine interne Weisung vor. - In den Handelsbeziehungen bedeutet "wie vor der Krise" nicht das gleiche für die Schweiz und für Oesterreich; Oesterreich

- 5 -

pfliegte seit langem Handel mit der UdSSR, während in der Schweiz im Augenblick der Intervention die Aussicht bestand, ihn von einem minimalen Niveau ansteigen zu lassen.

Herr Halusa: Natürlich waren die Geschäftsleute auch in Oesterreich schockiert; aber zu einer Unterbrechung der Handelsbeziehungen kam es nicht, weil für viele Firmen der Handel mit der UdSSR lebenswichtig ist.

Herr Micheli erkundigt sich nach dem Problem der tschechoslowakischen Flüchtlinge in Oesterreich.

Herr Halusa weist darauf hin, dass es sich nicht bloss um eine "Emigration", sondern um eine "Migration" gehandelt habe. Insgesamt gingen ca. 135'000 Personen durch die österreichischen Auffanglager hindurch; geblieben sind aber lediglich 7000 bis 8000, wovon nur etliche 100 eigentliche Flüchtlinge geworden sind.

Herr Escher bestätigt die Erfahrung, dass viele Tschechoslowaken offenbar unentschlossen zwischen Prag und Wien hin- und herreisten.

Herr Halusa: Die neuen erschwerten Ausreise-Bestimmungen waren am Samstag noch nicht in Kraft. Es scheint, dass Gruppenreisen nach wie vor möglich sein werden, wogegen die Einzelreisen via Erschwerung der Devisenzuteilung eingeschränkt werden sollen (es muss nicht mehr bloss eine Einladung aus dem Ausland vorgewiesen werden, sondern ein Nachweis der Devisenversorgung im Ausland). Auch Dienstreisen und Reisen politisch prominenter Persönlichkeiten sollen eingeschränkt werden.

Herr Micheli und Herr Halusa stellen anschliessend übereinstimmend fest, dass es zu früh ist, schon Prognosen über die Aussenpolitik Nixons stellen zu wollen.

Herr Miesch fragt nach der österreichischen Ansicht über die Präsenz der sowjetischen Flotte im Mittelmeer. Handelt es sich um ein Anzeichen allgemein grösserer Aggressivität der Sowjets gegen aussen?

Herr Halusa antwortet, dass man in Wien über keine konkreten Informationen hiezu verfüge; man neige aber zur Auffassung, dass diese Präsenz lediglich im Zusammenhang des Nahost-Konfliktes gesehen werden müsse; nach wie vor sei ja die Kampfkraft der sowjetischen Flotte im Mittelmeer den Amerikanern bedeutend unterlegen. Möglicherweise könnte die Flotte später auch als Druckmittel gegen westliche Klientenstaaten (Griechenland, Türkei, Israel) und gegen Abtrünnige (Jugoslawien, Albanien) benutzt werden.

Herr Natural: Immerhin haben die Sowjets dadurch amerikanische Truppenlandungen wie seinerzeit im Libanon verunmöglicht und damit die Aktionsfähigkeit der USA taktisch (wenn auch nicht strategisch) eingeschränkt.

Herr Micheli: Was den Fernen Osten betrifft, so sind seit dem letzten Gespräch in Wien zwei wesentliche Entwicklungen eingetreten, die auch das Problem einer Normalisierung der schweizerischen Beziehungen zu Hanoi und Pyongyang beeinflussen können: einerseits die Auswirkungen der tschechoslowakischen Krise auf die Haltung der schweizerischen Bevölkerung zur Frage einer Aufnahme von Beziehungen zu kommunistischen Staaten, und andererseits die Eliminierung aller innerpolitischen Gegner Mao Tse-tungs und die entsprechende Möglichkeit einer Neuorientierung der chinesischen Aussenpolitik.

Die Schweiz hat das Ziel einer Normalisierung der Beziehungen zu den geteilten Staaten in Asien nicht aufgegeben, wenn man heute auch noch weit davon entfernt ist. Für Nordvietnam könnte der Augenblick dazu kommen, wenn die Pariser Verhandlungen in ein positives Stadium treten. Für Nordkorea hat sich nichts Neues ergeben; eventuell wird der schweizerische Botschafter in Peking nächstens Pyongyang eine offiziöse Visite abstatten, wobei dann die Frage einer nordkoreanischen Handelsvertretung in der Schweiz (mit rein privatem Status, wie jene in Paris) besprochen werden könnte; allerdings ist man im Augenblick noch nicht sicher, ob man sich schweizerischerseits auf diese Frage weiter einlassen soll.

Herr Halusa: Im Anschluss an seinen Besuch in Bern stattete der nordkoreanische Botschafter aus Bukarest auch in Wien einen Besuch ab. Er wurde eher kühl empfangen und hielt seine Vorträge über die Haltung Nordkoreas, ohne dass er auf grosses Interesse gestossen wäre. Einige seiner Begleiter haben dann noch Besprechungen mit einem Vertreter der Bundeshandelskammer gehabt, aber ebenfalls nur über allgemeine Fragen, da Oesterreich nicht viel von Nordkorea kaufen kann. Botschafter Kim will nächstes Jahr wieder kommen.

An sich steht Wien Kontakten zu Pyongyang nicht negativ gegenüber, nachdem keinerlei Beziehungen zu Peking bestehen. Andererseits will man nicht Südkorea vor den Kopf stossen, das ein guter Handelspartner ist und das im Genusse der österreichischen Exportrisiko-Versicherung steht.

Der Besuch Nordvietnams durch den österreichischen Generalkonsul in Hongkong ist inzwischen zustande gekommen, doch ohne grosse Ergebnisse. Es wurde ihm der nordvietnamesische Standpunkt erläutert. Er hat ein "SOS-Kinderdorf" angeboten, stiess aber auf Unverständnis. Ein Handel mit Nordvietnam besteht praktisch nicht.

Die Beziehungen zu Südvietnam sind gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, dass Wien den zuständigen Botschafter in Bangkok noch nicht in Saigon hat akkreditieren lassen.

Die von Kambodscha gewünschte Erklärung betreffend Respektierung der Grenzen entschloss Wien sich inzwischen abzugeben; die unverbindliche Formulierung des Textes folgte einem dänischen Vorbild. Die Reaktion in Phnom-Penh war gut. Die Form der Notifizierung dieser

Erklärung durch den österreichischen Vertreter in Djakarta - Note oder Memorandum o.a. - war diesem freigestellt; lediglich der Text als solcher wurde vorgeschrieben. Nachdem Wien vor der Akkreditierung eines neuen Botschafters für Phnom-Penh steht, hielt man es für angezeigt, die Erklärung abzugeben.

Herr Miesch: Gegenüber dem schweizerischen Vertreter sind die Kambodschaner nicht mehr auf die Erklärung zurückgekommen. Bern behandelt die Frage nach wie vor dilatorisch.

Herr Micheli vermutet, dass Sihanouk nun eventuell das Thema unserem Botschafter gegenüber wieder aufgreifen könnte, nachdem auch Oesterreich die Erklärung abgegeben hat.

Herr Miesch erkundigt sich nach der Reaktion des südkoreanischen Botschafters in Wien anlässlich des Besuches Botschafter Kims.

Herr Halusa antwortet, er habe sich natürlich interessiert gezeigt - und sei orientiert worden -, habe aber nicht protestiert.

Herr Miesch weist darauf hin, dass Kim in Bern vom Bundespräsidenten empfangen wurde, was die Südkoreaner zum Anlass nahmen, sowohl hier wie in Tokio ihrem Missfallen Ausdruck zu geben. Es wurde geantwortet, die Südkoreaner seien seinerzeit in Bern nur mit dem Vorbehalt allfälliger Kontakte auch zum Norden zugelassen worden. Natürlich hat auch die Schweiz im Süden mehr Interessen als im Norden.

Nach Herr Halusa unterhält Oesterreich in Söul ein Honorarkonsulat, während der Botschafter in Tokio residiert; die Südkoreaner haben gegenüber Oesterreich, anders als gegenüber der Schweiz, nicht den Wunsch nach Verstärkung der Präsenz in Söul ausgesprochen.

Herr Miesch erklärt, die Schweiz werde nächstens einen Geschäftsträger nach Söul entsenden, während der Missionschef weiterhin in Tokio residieren werde. - In Peking hat der Nordkoreaner dem schweizerischen Vertreter gegenüber eine "Handelsvertretung in Wien" erwähnt.

Herr Halusa stellt fest, dass dies ein Missverständnis sei, das sich wohl auf die Gespräche der Begleiter Kims mit der Bundeshandelskammer beziehen müsse.

Der Vertreter Taiwans bei der IAEO in Wien ist in letzter Zeit recht aktiv und such eifrig nach Kontakten; auch wirtschaftliche Kontakte suchen die Nationalchinesen herzustellen. Sie beklagen sich darüber, dass Wien keinen diplomatischen Vertreter Taiwans zulassen wolle, obschon die Beziehungen nie abgebrochen und keine Beziehungen zu Peking geknüpft worden seien. - Angeblich soll der neue chinesische Generalkonsul in Mailand intern auch für Oesterreich und die Schweiz "zuständig" sein.

Herr Bielka fragt, ob der nationalchinesische Vertreter in Genf Schwierigkeiten bereite.

Herr Miessch verneint; einziges Missgeschick sei bisher eine Veranstaltung der Genfer Regierung gewesen, wo auch der Nationalchinese eingeladen worden sei, wogegen der Vertreter Pekings protestiert habe.

Auf die Frage Herrn Eschers nach der Haltung Oesterreichs bei China-Debatten in der UN erwidert Herr Halusa, man enthalte sich jeweils der Stimme.

Herr Micheli: Der Naher Osten ist nicht eigentlich ein direktes Problem der schweizerischen Aussenpolitik. Die geringen Hoffnungen, welche die Mission Jarrings erweckt, berechtigen kaum zu Optimismus.

Herr Galzer: Zu einer Beurteilung der Lage fehlen Bern die konkreten Elemente; jedenfalls ergibt sich der Eindruck, dass die Situation gegenwärtig ohne Ausweg ist. Seinerzeit erfolgten verschiedene Proteste der Araber in Bern wegen der einseitigen - und deshalb als nicht mehr neutral bezeichneten - Parteinahme der Schweizer Presse zugunsten Israels; es wurde ihnen jeweils mit dem Hinweis auf den Unterschied zwischen offizieller Haltung des Staates und der privaten Einstellung des Burgers geantwortet. Seither haben sich die Araber im wesentlichen beruhigt, weil einerseits in Presse und Oeffentlichkeit eine gewisse Objektivierung eingetreten ist und weil sie sehen, dass bei der Regierung der Wille zu einer völlig neutralen Haltung vorhanden ist.

Herr Halusa: In den UN traf er auf die eindeutige Ansicht, dass im Nahen Osten der Gefahrenherd für den Weltfrieden liegen könnte. Aus Unterhaltungen mit den Aussenministern der USA, Israels, der VAR und Jordaniens gewann er den Eindruck, dass die Ende Oktober vorübergehend erhoffte Aufweichung der Fronten reiner Zweckoptimismus im Hinblick auf die amerikanischen Wahlen war. Israel scheint an der Aufrechterhaltung der Mission Jarrings interessiert, wogegen dieser befürchtet, als "smoke-screen" benutzt zu werden, hinter dem die Parteien einen neuen Waffengang vorbereiten; falls er nicht bald genügend Ansatzpunkte für Verhandlungen feststelle, werde er aufgeben. Den Aegyptern geht es in erster Linie um die Räumung des von den Israelis besetzten Gebietes, während die andern arabischen Staaten sich eher am Problem der Palästina-Flüchtlinge erhitzen. Für die Jordanier ist die Lage so oder so fast hoffnungslos, und es fragt sich, wie lange Hussein noch balancieren kann. Die Israelis wollen nun nicht mehr in erster Linie mit Hussein zu einer Einigung kommen, sondern mit Nasser, den sie als sicherer ansehen; sie glauben, dass die Araber sich Rechenschaft darüber geben müssen, dass ein längeres Zuwarten die heutigen Demarkationslinien weiter zu eigentlichen Grenzen werden lassen könnte. Auch die israelische Regierung ist nicht sehr stark, was sie zu martialischen Erklärungen nach innen veranlasst; hinter den Kulissen dürfte dennoch eine Kompromissbereitschaft vorhanden sein. Jeder

will dem andern den ersten Schritt überlassen, und keiner ist intern so stark, dass er diesen Schritt ohne weiteres wagen dürfte. - Die Lieferung der Phantom-Jäger ist gesichert; die Israelis argumentieren, sogar die Sowjets seien damit einverstanden, da dadurch die Fiktion der israelischen Bedrohung - mit der die Waffenlieferungen an die Araber gerechtfertigt werden - an Glaubhaftigkeit gewinne.

Klagen der Araber in Wien waren nicht zu verzeichnen; die öffentliche Meinung hat in Oesterreich nicht so eindeutig für Israel Partei ergriffen. Indessen werden gelegentlich arabische Klagen im Zusammenhang mit unseren Voten zum Nahost-Konflikt in den UN vorgebracht.

Herr Micheli glaubt gemäss Berichten aus Kairo und Tel-Aviv, dass trotz der Ausweglosigkeit der Situation kein neuer Konfliktausbruch bevorsteht. Die Grossmächte haben es in der Hand, ihre "Klienten" zu zügeln, und solange sie einen grossen Konflikt vermeiden wollen, wird die heutige Situation der "Grenzzwischenfälle" nicht eskalieren.

Abbruch der Besprechung: 12.15 Uhr